

Ressort: Finanzen

Bundesbank-Vorstand rechnet mit steigenden Bankgebühren in Deutschland

Berlin, 03.04.2017, 04:00 Uhr

GDN - Andreas Dombret, oberster Bankenaufseher der Deutschen Bundesbank, rechnet mit steigenden Bankgebühren in Deutschland. "Wir sehen ein Ende der Umsonstkultur", sagte Dombret der "Welt".

Mittlerweile verlangten viele Institute wieder Gebühren für Dienstleistungen und Produkte. Diese Entwicklung dürfte sich wohl fortsetzen. "Allerdings müssen diese Produkte auch attraktiv sein, sonst werden Banken und Sparkassen dafür diese Preise nicht am Markt durchsetzen können", sagte der Bundesbank-Vorstand. Grund für die neue Gebührenpolitik der Banken seien die niedrigen Zinsen. Ob die Gebühren auch wieder sinken oder verschwinden könnten, sobald die Leitzinsen steigen, darauf wollte sich der Bundesbanker nicht festlegen: "Das ist eine Frage des Wettbewerbs." Doch nicht nur die niedrigen Zinsen sondern auch die immer strenger werdende Regulierung macht den Instituten zu schaffen. Derzeit verhandelt die globale Finanzwelt über ein neues Regelgerüst, doch die Gespräche über Basel III sind seit dem Regierungswechsel in den USA ins Stocken geraten. "Momentan haben wir keine Verhandlungspartner auf US-Seite", sagte Dombret. Das sei nach Wahlen aber nichts Ungewöhnliches; die neue Administration müsse sich erst positionieren. "Deshalb warten wir ohne zeitlichen Druck ab, bis die neuen Verantwortlichen benannt sind. Dann erst wird weiterverhandelt." Der Bundesbanker stellte allerdings auch klar, dass man einen Alleingang der USA nicht durchgehen lassen werde. Die Grundzüge der Vorschriften müssten überall umgesetzt werden, "sonst gibt es mit uns kein Basel III", sagte Dombret. "Natürlich gibt es bei der Anwendung in der Praxis immer leichte Unterschiede. Aber der Regelrahmen muss für alle gelten, sonst macht das Abkommen keinen Sinn." Vor dem Hintergrund des Brexit warnte Bundesbanker Dombret die Geldhäuser. Diese sollten sich sehr gut vorbereiten und nicht auf den letzten Moment warten oder auf sogenannte Äquivalenzregeln spekulieren. So könnten die Institute möglicherweise das Geschäft mit der Europäischen Union weiter von aus London betreiben, wenn dort die gleichen Regeln wie in der EU herrschen würden. Dann wäre das Rechtssystem äquivalent und könnte von Brüssel anerkannt werden. Doch diese Strategie sei riskant. Es gebe einige Ausnahmen, für die dieses Prinzip nicht gelte. "Und das entscheidende ist: Die Regeln können jederzeit geändert werden. Wenn Sie als großes Haus eine strategische Entscheidung treffen, ist es sicher nicht ratsam, sich auf Äquivalenzregeln zu verlassen, die jederzeit mit einem Federstrich aufgehoben werden könnten", warnte Dombret.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-87498/bundesbank-vorstand-rechnet-mit-steinigenden-bankgebuehren-in-deutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com